WAHLPROGRAMM	KOA-VEREINBARUNG	UMSETZUNGSSTAND
Frauen- und Gleichstellungspolitik		
1. Präambel Berlin muss eine Stadt der Frauen werden, in der Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen durchgesetzt ist. .	**I. Präambel** Die Koalition will eine Stadt, in der die Menschen gerne leben. SPD und PDS bekennen sich zu einer Politik, die städtische Lebensqualität, kulturelle Vielfalt und soziale Stadtentwicklung miteinander in Einklang bringt. Berlin kann es sich nicht leisten, seine Talente brachliegen zu lassen. Wir wollen die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in der Gesellschaft im Arbeitsleben, in Bildung und Ausbildung. Wer Chancengleichheit für Frauen und Männer verwirklichen will, muss seine politischen Ziele und Prozesse an dem Ziel der Gleichstellung ausrichten. Die Koalition wird die Querschnittsaufgabe gender mainstreaming fördern und vorhandene Benachteiligungen von Frauen weiter abbauen.	Beschlüsse von Abgeordnetenhaus und Senat zur Einführung von Gender mainstreaming und Gender Budgeting (2002) Senat und Koalition verfolgen Doppelstrategie von Gender mainstreaming und traditioneller Frauenförderung
3. Kulturstadt Berlin – Stadt des Wissens **3.3 Chancengleichheit in der beruflichen Bildung** (...) In den Zukunftsbranchen Berlins finden sich Mädchen und junge Frauen kaum und wenn, dann nur auf der unteren Ebene. In den Ausbildungsgängen vor allem im IT-Bereich sind sie kaum vertreten. Die Förderprogramme des Senats für frauenatypische Berufe konnten daran wenig ändern. Es ist notwendig, Frauen und Mädchen viel stärker und früher als bisher Zugänge zu gewerblich-technischen und zukunftsorientierten Ausbildungen anzubieten..		Aktionsbündnis von SenWiArbFrau, SenBJS , SenWFK , Bildungsträgern, IHK usw. für girls day
5. Soziale Stadt Berlin: Stadt für alle **5.3 Stadt der Frauen** Die Benachteiligung von Frauen in vielen Bereichen muss durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, die Umsetzung europäischer Standards des gender main-streaming bei gezielter Förderung der Frauen und Mädchen beseitigt werden. Diese Politik muss finanziell abgesichert werden. ***Die PDS schlägt vor:*** • Stärkung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen durch gezielte Arbeitsmarktpolitik, Ausbildungsförderung, Programme für Existenzgründer-innen und Förderung flexibler Kinderbe-		Beschlüsse zu Gender mainstreaming liegen vor, Umsetzung ist schwierig Programme für Existenzgründerinnen existieren, sie sind noch zu evaluieren Ein Antrag zu einem Berichtsauftrag zu flexibler Kinderbetreuung liegt im Jugendausschuss

WAHLPROGRAMM	KOA-VEREINBARUNG	UMSETZUNGSSTAND
treuungseinrichtungen		
	10. Schule **Gleichstellung der Geschlechter** Alle Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, die Gleichstellung zu fördern. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals sowie der Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien auf dieses Ziel ausgerichtet werden. Modellversuche haben gezeigt, dass die zeitweise Aufhebung des gemeinsamen Unterrichts von Mädchen und Jungen ein erfolgreiches Modell ist. Wir unterstützen Schulen, die Modelle für getrenntgeschlechtlichen Unterricht in naturwissenschaftlich-technischen und IT-Unterricht sowie in Mathematik anbieten.	Festschreibung von Gender mainstreaming im Schulgesetz Girls Day April 2003 in der PDS-Fraktion Girls Day Mai 2003 im Abgeordnetenhaus und in PDS-Fraktion Auf Initiative von SenWiArbFrau Berliner Aktionsbündnis für den Girls' Day 2004 gegründet. In dem Bündnis arbeiten Handwerkskammer, IHK, UVB, Verband Deutscher Unternehmerinnen (VDU), DGB, der Bildungsträger Life e.V., die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke sowie die Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Sport, für Wissenschaft, Kultur und Forschung. Das Aktionsbündnis will die verschiedenen Aktivitäten zum Girls' Day am 22. April in Berlin bündeln und dafür werben.
	13. Arbeit **Leitbilder und Zielsetzungen der Arbeitsmarktpolitik** Der Senat wird (...) Arbeitsuchenden und Sozialhilfeempfängerinnen und –empfängern helfen, Fähigkeiten zur Beschäftigung zu erwerben und einen Arbeitsplatz zu finden, dazu beitragen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren und Müttern und Vätern im gewünschten Maß Teilhabe am Erwerbs- und Familienleben zu ermöglichen. **Chancengleichheit im Erwerbsleben** Berlin hat traditionell eine hohe Erwerbsquote von Frauen und ein hohes Niveau der Beteiligung von Frauen in den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. (...) Mit einem Internet-Portal für Frauen wollen wir eine Berliner Plattform von und für Frauen in der virtuellen Welt schaffen. (...) **Situation der Fachberufe im Gesundheitswesen verbessern** Die vielfältigen Anstrengungen des Landes zur Weiterentwicklung der Fachberufe im Gesundheits- und Sozialwesen, insbesondere der Pflegeberufe, werden zügig und konzentriert weiter konzentriert weiter bearbeitet. Die beinhaltet im Wesentlichen folgende Grundsätze: - Bestandssicherung der vorhandenen Ausbildungsplätze - Förderung des Prozesses zur Schaffung von	Offen ist die parlamentarische Behandlung mit dem Bericht zur Halbzeitevaluation der EU-Förderung Internetportal wird aus Kostengründen nicht weiter verfolgt

WAHLPROGRAMM	KOA-VEREINBARUNG	UMSETZUNGSSTAND
	Verbundschulen - Verbesserung der Datenlage über die Berufe und die berufliche Praxis, - Sicherung einer zukunftsfähigen Finanzierung der Ausbildungen unter Beteiligung aller Leistungserbringer von Pflege - Etablierung von Modellen der Ausbildung im tertiären Bereich.	Ausführliche parlamentarische Befassung mit dem Ergebnis, dass die Zuständigkeit der Ressorts geklärt werden konnte
	14. Soziales Berlin ist dem Leitbild der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Die Herstellung gleicher Lebensbedingungen und die gleichberechtigte Teilhabe der Berlinerinnen und Berliner an sozialen und gesellschaftlichen Ressourcen ist das Ziel der Koalition. Dabei gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit für alle sozialpolitischen Vorhaben. ....Ziel bleibt der Ausbaue von multifunktionalen Einrichtungen und Verbundsystemen im Stadtteil, die Selbsthilfe und Engagement ermöglichen sowie soziale Dienste für Jung und Altanbieten und ein Höchstmaß an Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger realisieren. (...)	Notunterkunft für obdachlose Frauen eröffnet Auszeichnung von Dr. Sigrid Arnade vom Netzwerk behinderter Frauen mit dem Verdienstkreuz am Bade des Verdienstordens im Februar 2004
	15. Gesundheit **Frauengerechte Gesundheitspolitik** Die Koalitionsparteien stimmen darin überein, dass die Gesundheitsforschung und die Gesundheitsversorgung stärker als bisher auf geschlechtsspezifische Belange ausgerichtet werden müssen. Die zu geringe Beachtung geschlechtsrelevanter Bedürfnisunterschiede trägt u.a. auch zur kostenintensiven Über-, Unter- und Fehlversorgung im Gesundheitswesen bei. Erforderlich ist zunächst die Entwicklung eines Kriterienkatalogs zur Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte im Rahmen der Fragestellung, der Methoden, der Analyse und der Auswertung von Gesundheitsforschungsprojekten, um gezielt geschlechtsspezifische Gesundheitsaspekte aufgreifen und erhebliche Wissenslücken schließen zu können. (...)	Veranstaltung „Frauen sind anders krank“ mit Expertinnen aus dem Netzwerk Frauengesundheit im Mai 2003 Große Anfrage Frauengesundheit in Berlin und Bericht des Senates über die gesundheitliche Situation von Frauen in Berlin im Juni 2003
	16. Frauenpolitik Zentrales Politikziel dieser Koalition ist ein tatsächlich gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen. Die Koalitionsparteien werden Gender mainstreaming als politische Querschnittsaufgabe und gleichstellungspolitische Reformstrategie für Berlin ausgestalten. Die Koalitionsparteien wirken darauf hin,	AK-Klausur mit Vertreterinnen der Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in Berlin April 2002 Beschlüsse von Abgeordnetenhaus und Senat zur Einführung von Gender mainstreaming und Gender Budgeting (2002) Einrichtung der Geschäftsstelle Gender mainstreaming Einsetzung einer AG Gender Budget

WAHLPROGRAMM	KOA-VEREINBARUNG	UMSETZUNGSSTAND
	dass sich insbesondere die höchste Führungsebene aktiv für die Umsetzung dieser Reformstrategie einsetzt und in ihrem Zuständigkeitsbereich die Voraussetzungen dafür schafft, dass Gender mainstreaming im alltäglichen Verwaltungshandeln wirkungsvoll berücksichtigt wird.	Start der Pilotprojekte in zwei Senatsverwaltungen und fünf Bezirksämtern Berufung der Landeskommission
	Instrumente der Gender mainstreaming Gender mainstreaming, als gesetzliche Grundlage im Amsterdamer Vertrag für alle Mitgliedsstaaten verankert, werden die Koalitionsparteien auf Grundlage eines Senatsbeschlusses kurzfristig für Berlin umsetzen. Dieser Senatsbeschluss enthält die Verpflichtung, im Land Berlin das Politikziel der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebens- und Arbeitsbereichen durchzusetzen. (...)	Gemeinsame Veranstaltung mit dem Kommunalpolitischen Forum im September 2002 Veranstaltung „Gender mainstreaming im Verwaltungshandeln“ mit AG Verwaltungsreform im Februar 2003 Frauenblick GRENZENLOS zu Gender Budgeting in Berlin – verkündet und beschlossen Wie ist der Auftrag, öffentliche Gelder geschlechtergerecht einzusetzen, zu erfüllen im Juni 2003
	Kein politisches Handlungsfeld ist aus sich heraus geschlechtsneutral - auch nicht die Finanzpolitik. Die Verwendung der öffentlichen Ausgaben wird regelmäßig auf das Ziel Gleichstellung der Geschlechter überprüft. Statistiken sind dort, wo sie dadurch aussagekräftiger werden, geschlechtsdifferenziert zu erheben und auszuwerten.	Kleine Anfrage zur geschlechterspezifischen Datenerfassung
	Als unverzichtbarer Bestandteil der Berliner Verwaltungsmodernisierung ist Gender mainstreaming im Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz zu verankern und somit in den Zielkatalog der Verwaltungsmodernisierung aufzunehmen. (...)	Dazu neuer Berichtsauftag mit konkreten Vorgaben für die Berichterstattung hinsichtlich der Gleichstellung zu den Haushaltberatungen
	Landesgleichstellungsgesetz Das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) bleibt von zentraler Bedeutung für die Frauenförderung in Berlin. Die mit dem LGG gesetzlich vorgeschriebene Steigerung des Frauenanteils im gehobenen und höheren Dienst, insbesondere in Führungspositionen, und bei der Gremienbesetzung ist weiter voranzutreiben und auch bei insgesamt sinkendem Personalbestand des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen.	Hat unverhältnismäßig viel Kraft gekostet, dass die Rechte aus dem LGG nicht im Rahmen des Stellenpoolgesetzes eingeschränkt werden
	Frauen-Projekte-Infrastruktur Die Angebote und Leistungen der Berliner Frauenprojekte sind unverzichtbare Bestandteile der kulturellen und sozialen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Die Koalitionspartner bekräftigen ihre Absicht, die spezifische Infrastruktur der Frauenprojekte und -maßnahmen zu unterstützen. Die Koalitionsparteien werden die Frauenprojekte kontinuierlich evaluieren und in diesem Zusammenhang auf vorhandene Qualitätssicherungsprogramme aufbauen. Damit Veränd-	Die sog. Frauenstrukturstellen im Osten Berlins konnten gesichert werden Die Bestrebungen, die Arbeit der Frauenprojekte langfristig planungssicher vom Sommer 2002 zu machen, sind bisher am Widerstand in der SPD gescheitert. Die vom Finanzsenator vorgegebene Kürzungssumme konnte auf 500.000 Euro begrenzt werden, wovon 350.000 Euro erst 2005 zu

WAHLPROGRAMM	KOA-VEREINBARUNG	UMSETZUNGSSTAND
	Qualitätssicherungsprogramme aufbauen. Damit Veränderungen innerhalb der Infrastruktur ermöglicht und Voraussetzungen geschaffen werden, sind neue Wege zu gehen. Zur Verstetigung der Projekte zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen wird geprüft, inwieweit Träger Leistungsverträge mit einer Laufzeit von drei Jahren erhalten. **Anti-Gewalt-Arbeit** Die Koalitionsparteien werden dafür Sorge tragen, Frauen vor Gewaltsituationen größtmöglichen Schutz zu bieten. Das Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt (BIG) soll seine erfolgreiche und umfangreiche Arbeit deshalb fort- und weitere Maßnahmen in die Praxis umsetzen. Die effektive Kooperation von Justiz, Jugend- und Sozialämtern, medizinischen Einrichtungen sowie Beratungs- und Schutzeinrichtungen (insbesondere vor Ort in den Bezirken) soll weiter ausgebaut, intensiviert und verbessert werden.	erbringen sind. Es gab bis zum Verfassungsgerichtsurteil gute Aussicht, durch Umschichtung im Etat den Kürzungsbetrag noch wesentlich zu verkleinern. Gegenwärtig gibt es dafür keinen Vorschlag. Treffen mit den der Gleichstellungspolitischen Sprecherinnen in de Bezirken und mit Vertreterinnen von BIG zur Auswertung der Untersuchung über die bezirklichen Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, initiativen, Strukturen, mit dem Ziel gezielter Nachfragen in den BVV im September 2003
	17. Stadtentwicklung Chancengleichheit in der Stadtentwicklungspolitik Stadtentwicklung muss so gestaltet sein, dass Frauen die Chance haben, sich wirkungsvoll einzumischen und Veränderungen durchzusetzen. Die immer noch stark männliche Domäne des Bauens und Stadtgestaltens muss mehr von Frauen in führenden, entscheidenden und planenden *Funktionen beeinflusst werden.* Der Frauenbeirat in der Senatsbauverwaltung ist in seiner Arbeit intensiv zu unterstützen. Seine Aufgabe ist es nicht nur, auf Defizite in der Stadtentwicklung zu reagieren, sondern er ist - im Sinne des Gender mainstreaming - in die Prozesse der Bau-, Stadt- und Verkehrsplanung einzubeziehen. (...)	SenStadt ist Pilotverwaltung für GM Veranstaltung über frauenspezifische Forderungen an StEP Verkehr im September 200 2
	1. Wirtschaftspolitik Chancengleichheit in der Wirtschaft Alle Wirtschaftsförderprogramme werden auf ihre Wirksamkeit zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit hin analysiert. Die Ausreichung der Mittel und die Gestaltung der Förderbedingungen werden auf der Grundlage dieser Evaluierungsergebnisse (auch unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten) entsprechend überarbeitet oder neu gestaltet. Die Vorgaben zur Chancengleichheit von Frauen in den europäischen Strukturfonds wird Berlin als zentrale Förderungsvoraussetzung konsequent erfüllen. Dabei müssen insbesondere die Interventionen des EFRE aus gleichstellungspolitischer Sicht evaluiert und das Kriterium	Große Anfrage Frau und Wirtschaft wird gerade beraten Zwischenbericht ist parlamentarisch noch nicht beraten worden, liegt uns noch nicht vor, obwohl er fertig ist

WAHLPROGRAMM	KOA-VEREINBARUNG	UMSETZUNGSSTAND
	der Chancengleichheit angemessen umgesetzt werden. (...)	
	22. Wissenschaft/Forschung **Chancengleichheit und Gender-Mainstreaming in Hochschule und Wissenschaft** Die Koalitionspartner setzen sich für die Herstellung von Chancengleichheit und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Wissenschafts- und Forschungsbereich ein. Die Berliner Hochschullandschaft muss sich an dem von Bund und Ländern formulierten Ziel messen lassen, in den nächsten fünf Jahren den Frauenanteil an Professuren deutlich zu erhöhen. Grundlage dafür ist das Kaskadenmodell. Bei der Vergabe von Juniorprofessuren ist entsprechend der Vereinbarung in der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) ein Frauenanteil von 40% anzustreben. Die in den Verträgen mit den Hochschulen gesetzten gleichstellungsorientierten Ziele und Leistungsanreize werden weiterentwickelt, um neben quantitativen Kriterien auch qualitative Fortschritte in der Chancengleichheit zu berücksichtigen. Der Anteil der leistungsorientierten Mittelvergabe im Bereich “Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre” soll von 5% auf 10% erhöht werden. Frauenförderung, Chancengleichheit und Belange von Frauen werden in der Hochschulentwicklungsplanung und im novellierten Hochschulgesetz weiterhin explizit berücksichtigt. Die Berliner Hochschulen werden aufgefordert, im Rahmen der Modularisierung von Studiengängen Frauen- und Geschlechterforschung als selbstständigen Bestandteil in die verschiedenen Bereiche der Wissenschaft zu integrieren und die Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen der Berliner Hochschulen weiterzuentwickeln. Das erfolgreiche Berliner Programm zur Förderung von Frauen in Forschung und Lehre ist weiterzuführen. Bei der Vergabe der Stipendien nach dem Nachwuchsfördergesetz (NaFöG) und aus Fördermitteln für die Berlinforschung ist der gleichberechtigte Anteil von Frauen zu sichern.Internationale Frauenuniversitäten sind Reformprojekte in der Hochschullandschaft zur Karriereförderung von Frauen. Die Koalitionsparteien werden Initiativen von Hochschulen zur Einrichtung einer - ohne Landesmittel finanzierten – internationalen (virtuellen) Frauenuniversität in Berlin unterstützen. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen anderer Bundesländer in einem Konsortium ist anzustreben. Die Koalitionspartner werden Anstrengungen unternehmen, um eine Gender-Mainstreaming-Strategie sowohl für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen als auch für die zuständige Senatsverwaltung umzusetzen.	Der Bericht über die Umsetzung der Hochschulverträge: Leistungsberichte der Hochschulen spricht allgemein von der Fortsetzung der eingeleiteten Maßnahmen zur Förderung von Frauen, dazu Kleinen Anfrage, die parlamentarische Beratung steht noch aus Dem LGG-Bericht 2000 bis 2002 ist zu entnehmen dass mit steigender Wertigkeit der Stelle der Frauenanteil sinkt, C 2-Stellen 21,6 %, C 4-Stellen 7,7 % 2002 wurden von 48 Juniorprofessuren 18 Frauen berufen An der HUB wurden das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung und der Magisterstudiengang Geschlechterstudien/Genderstudies zusammengeführt und dauerhaft abgesichert Mit Mitteln des Bundes wurde ein Genderkompetenzzentrum bei der HUB eingerichtet Das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Lehre ist beispielgebend, weil es die Kräfte von SenWiArbFrau, SenWFK und Hochschulen bündelt Das NaFöG wurde novelliert, leider ohne die Part-nerabhängikeit des Stipendiums zu beseitigen Insbesondere FHW und ASFH haben bemerkenswerte Fortschritte erzielen können, beide haben 30 % Professorinnen

WAHLPROGRAMM	KOA-VEREINBARUNG	UMSETZUNGSSTAND
	23. Kulturstadt Berlin Die soziale Lage der im Kulturbereich Beschäftigten stellt sich in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich dar. Die Koalition wird darauf drängen, zu einem stärkeren Ausgleich zu kommen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in allen kulturellen Belangen zu berücksichtigen. Das Programm zur Förderung von Künstlerinnen ist zu erhalten und weiter zu entwickeln.	Das Programm zur Förderung von Künstlerinnen bleibt trotz der Kürzungsvorgaben im Kulturbereich auf dem bisherigen Stand. Bei den Zuschüssen für Projekte der freien Kunst wurden Frauenmehr als bisher berücksichtigt, überwiegend zu gleichen Teilen. Das Thema bedarf aber noch der Bearbeitung, weil die Anzahl der Förderfällen noch nichts über die Fördersumme sagt.